Neue Polit. Lit. (2019) 64:195–197
https://doi.org/10.1007/s42520-018-0018-1

REZENSION

20. Jahrhundert

# Die Öl-Revolution

**Jürgen Dinkel**

Online publiziert: 18. Januar 2019
© Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2019

*Dietrich, Christopher R. W.*: Oil Revolution. Anticolonial Elites, Sovereign Rights, and the Economic Culture of Decolonization, 366 S., Cambridge UP, Cambridge 2017.

Als die iranische Regierung unter Mohammed Mossadegh im Jahr 1951 die Nationalisierung der ausländischen Ölindustrie verkündete, passierte das Erwartbare: Am Ende des Kolonialzeitalters und zu Beginn des beginnenden *global cold war* intervenierten die britische und amerikanische Regierung zum Schutz westlicher Ölfirmen und wirkten auf den Sturz der Regierung hin. Das statuierte Exempel wurde in der ganzen erdölfördernden Welt verstanden.

Umso überraschender und auch erklärungsbedürftiger erscheinen vor diesem Hintergrund die Ereignisse Anfang der 1970er Jahre als die arabischen, erdölproduzierenden Länder erneut begannen, die Ölindustrie in ihren Staaten zu verstaatlichen und als Reaktion auf den Jom-Kippur Krieg erstmals selbst den Preis für Rohöl festsetzten und erhöhten. Direkte Interventionen westlicher Länder blieben nun aus. Vielmehr sahen sie sich von der von ihnen so bezeichneten Ölpreiskrise in die Defensive gedrängt. Demgegenüber markierten die Nationalisierung von Ölfeldern, die (teilweise) Verstaatlichung von rohölfördernden Unternehmen und deren Vertriebsstrukturen sowie die souveräne Festsetzung der Preise für Öl aus der Perspektive arabischer Regierungen, Juristen und Experten aus der Öl-Industrie den Abschluss der wirtschaftlichen Dekolonisierung. Sie gaben den Ereignissen von 1973 daher auch einen anderen Namen: die Öl-Revolution.

Ausgehend von den skizzierten Fallbeispielen geht Christopher R. W. Dietrich in seiner lesenswerten Studie den Fragen nach, wie sich die Zugriffsmöglichkeiten

J. Dinkel (✉)
Leipzig, Deutschland
E-Mail: juergen.dinkel@uni-leipzig.de

und -rechte der postkolonialen, erdölfördernden Staaten auf die Öl-Industrie in ihren Ländern zwischen Anfang der 1950er und Anfang der 1970er Jahre wandelten und wie sich dieser Wandel erklärt. Dabei analysiert er den Kampf um die Zugriffsrechte auf Erdöl und dessen Folgen nicht aus westlicher Perspektive, sondern aus der noch selten gewählten Perspektive arabischer Politiker, Völkerrechtler und Experten.

Zur Beantwortung seiner Fragen zieht Dietrich einen Quellenkorpus heran, der einerseits beeindruckend breit ist: Er reicht von den Veröffentlichungen internationaler Organisationen wie der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), der Bewegung Bündnisfreier Staaten oder der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), über Regierungsverlautbarungen in arabischen Ländern und den USA, bis hin zu Publikationen, Konferenzvorträgen und Memoranden von Juristen und Öl-Experten aus einer Vielzahl von meist arabischen Ländern. Andererseits werden ausschließlich auf Englisch vorliegende oder ins Englische übersetzte Quellen herangezogen. Das Buch veranschaulicht dadurch, wie überraschend tief Historiker_innen ein Thema der internationalen Politik alleine durch die Verwendung von englischen Quellen durchdringen und beschreiben können. Zukünftigen, wünschenswerten Studien, die zusätzlich arabische Quellen in die Analyse einbeziehen, wird die Aufgabe obliegen, die Grenzen dieser Herangehensweise aufzuzeigen.

In den Hauptteilen seiner Studien beschreibt Dietrich detailliert die Herausbildung eines globalen Rechtsdiskurses, nach dem souveräne Regierungen das Recht hätten, souverän über die Rohstoffe, Rohstoffförderung und Rohstoffpreise in ihrem Land zu verfügen, ohne dabei an ältere, während der Kolonialzeit geschlossene Verträge gebunden zu sein. Das hierfür analysierte Akteursensemble ist weit gefasst: Es reicht weit über bekanntere Personen wie Rául Prebisch, Gunnar Myrdal oder Mohammed Bedjaoui hinaus. Deutlich wird dabei, dass sich Politiker, Juristen und Öl-Experten zwar aus ganz unterschiedlichen Richtungen und Intentionen mit Fragen des lokalen, nationalen und internationalen Wirtschaftens und Handels beschäftigten, dass sie aber alle zu sehr ähnlichen Ergebnissen kamen: Sie beschrieben die nationalen und internationalen Ölförderabkommen und Handelsverträge als ungerecht, da sie die rohstoffexportierenden Länder benachteiligten. Sie sprachen sich für die souveränen Zugriffsrechte der postkolonialen Staaten auf die Ölindustrie in ihren Ländern aus und forderten dementsprechend eine Reform der Handelsstrukturen.

Diese Deutungen des internationalen Wirtschaftssystems und die damit einhergehenden politischen Forderungen popularisierten und verbreiteten die untersuchten Akteure auf zahlreichen Konferenzen postkolonialer Staaten (z. B. Bandung 1955, Belgrad 1961) und in internationalen Organisationen wie der OPEC oder UNCTAD. Dadurch veränderten sich die Rahmenbedingungen internationaler Politik: Sie legitimierten tendenziell Nationalisierungen durch postkoloniale Regierungen und delegitimierten direkte politische Interventionen westlicher Staaten. Die politische Bedeutung einzelner Konferenzen und Organisationen für die damit einhergehende Süd-Süd-Kooperation arbeitet der Autor nicht immer trennscharf heraus. Im Gegensatz dazu wird auf Regierungsebene die Vorreiterrolle des Iraks, Libyens und Algeriens in den Nationalisierungswellen der arabischen Welt deutlich.

Abschließend geht Dietrich knapp auf die Folgen der Öl-Revolution und das Scheitern der rohstoffbasierten Süd-Süd-Kooperation ein. Seine wenig nuancierte

Argumentation, dass vor allem die USA die Umsetzung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung verhindert und zur Auflösung der Süd-Süd-Kooperation beigetragen haben, ist sicherlich nicht das letzte Wort zu diesem Thema. Sie stellt eher eine Aufforderung dar, sich näher mit den Fragen zu beschäftigen, wie sich die Ölpreiskrise ab den 1970er Jahren auf die wirtschaftliche Situation postkolonialer Länder, Formen der Süd-Süd-Kooperation und den Nord-Süd-Konflikt auswirkte und mit welchen Strategien Regierungen des globalen Südens darauf reagierten. Die globalen, politischen und rechtlichen Souveränitäts- und Wirtschaftsdebatten, die mit zur Öl-Revolution führten, hat Dietrich jedoch detailliert und erhellend in ihren nationalen und internationalen Dimensionen herausgearbeitet. Mit seinem Fokus auf Wahrnehmungen und Argumente vor allem arabischer Akteure ergänzt er den Forschungsstand um einen wichtigen Aspekt, den zukünftige Studien zu diesem Thema nicht ignorieren werden können.

Neue Polit. Lit. (2019) 64:197–199
https://doi.org/10.1007/s42520-018-0012-7

# Der portugiesische Spätkolonialismus

**Thomas Weißmann**

Online publiziert: 18. Januar 2019
© Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2019

*Abele, Christiane*: Kein kleines Land. Die Kolonialfrage in Portugal 1961–1974, 316 S., Wallstein, Göttingen 2017.

Mit „Kein kleines Land. Die Kolonialfrage in Portugal 1961–1974“ legt Christiane Abele die erste deutschsprachige Untersuchung zum portugiesischen Spätkolonialismus vor, die die Diktatur und den Kolonialismus als „doppeltes Legitimitätsproblem“ (S. 30) begreift. Die Studie, die sich unter anderem auf Quellen der Geheimpolizei PIDE/DGS und des Überseeministeriums stützt, arbeitet die „Kontinuität imperialer Denkmuster“ (S. 10) heraus und konzentriert sich auf den Umgang sozialer Eliten mit der neuartigen Herausforderung der Kolonialkriege, wobei die Metropole als Epizentrum im Mittelpunkt steht. Dies heißt aber nicht, dass die Kolonialisierten nur als „hilflose Opfer“ (ebd.) betrachtet werden oder sich dieses Werk in die „Salazar- und“-Literatur einreihen würde, die eine gewisse Allmacht des Dik-

T. Weißmann (✉)
Chemnitz, Deutschland
E-Mail: thomas.weissmann@phil.tu-chemnitz.de